

Leums für den verstorbenen Kriegsminister Grafen v. Fabrice. Se. Excellenz der Herr Kriegsminister Eder von der Planitz folgende Ansprache: „Die Grabstätte, welche Se. Maj. der König und mit Allerhöchster Erlaubniß die Armee dem Staats- und Kriegsminister, General der Cavallerie Grafen von Fabrice, gewidmet hat, hat nunmehr ihre Weihe erhalten. Von bewährten Meistern der Kunst entworfen, erbaut und gekrönt mit dem Standbilde des Dahingeshiedenen soll die Grabstätte Zeugniß ablegen von der dauernden Anerkennung Sr. Majestät für die Verdienste seines treuen Dieners, sowie von dem nie versiegenden Danke der Armee für die hingebende und erfolgreichste Fürsorge, welche der Berewigte in seiner fast 25 jährigen Ministerthätigkeit gehabt hat. Die Grabstätte soll aber nicht bloß ein Merkmal des unauslöschlichen Dankes der Armee sein, sie soll auch eine Mahnung für uns Soldaten bilden, dem großen Tode nachzueifern. — Nicht in seinen Erfolgen. — Das wäre vermessen. Nur selten stattet Gott der Allmächtige seine menschlichen Werkzeuge mit so reichen Gaben wie den Kriegsminister Graf Fabrice aus. Mit dem weiten Blicke des Staatsmannes, der die Ereignisse von ferne kommen sieht, Richtung sowie Tragweite derselben erkennt und darnach seine Entschlüsse trifft; mit der unbeugbaren Energie, welche den erwählten Weg rastlos bis ans andere Ende verfolgt, mit der Gewandtheit, welche Menschen und Dinge erfolgreich nutzbar zu machen weiß, endlich mit der imponirenden Erscheinung, welche das Wirken des Berewigten gleichsam versinnbildlicht, — zu vergleichen einem festgewurzelten, schlanken, hochgewachsenen, jugendkräftigen Baume, welchen der Wind bewegt, der Sturm beugt, der sich aber immer wieder elastisch aufrichtet und seinen Platz behauptet. Wenn aber auch nicht in seinen Erfolgen, so doch in seiner Königstreue, seiner Vaterlandsliebe, seinem Pflichtgeföhle bis zum Tode können und sollen wir dem Berewigten nachzueifern und ist er uns in dieser Beziehung ein Vorbild, so ist sein Andenken nach dem Tode ebenso segensreich, wie sein Wirken im Leben. Das walte Gott!“

Pirna, 11. Okt. Zur Landtagswahl in unserem 4. städtischen Wahlkreise berichtet der „P. A.“, daß in einer zu Neustadt stattgefundenen Zusammenkunft von Herren des Reichstreuen Vereins aus Pirna und Neustadt von Herrn Buchhändler Wihbach, welcher in dieser Versammlung erschien, die ausdrückliche Erklärung abgegeben wurde, zur Vermeidung von Stimmenzerpflitterung von der ihm angetragenen Kandidatur zurücktreten zu wollen. Die Kandidatenfrage hat hierdurch die nöthige Klärung erhalten, und es werden jetzt weitere Schritte im Interesse der Kandidatur des Herrn Fabrikbesitzer Wilhelm Dering zu Königstein, welcher der oben erwähnten Versammlung ebenfalls beiwohnte, unverzüglich zu erwarten sein.

Die Bahnstrecke Waldheim-Harttha-Geiringswalde-Rochlitz schreitet rüstig vorwärts. Am 6. d. M. traf Nachmittags gegen 4 Uhr die erste Lokomotive festlich geschmückt in Harttha ein. Außer den städtischen Kollegien und der Vorsitzenden des Gewerbevereins hatte sich die Einwohnerschaft zahlreich eingefunden.

Treuen i. B., 9. Oktober. Nachdem der hiesige Stadtminderath, dessen übergroße Mehrheit aus Anhängern der freisinnigen Partei besteht, die Wiederwahl des bisherigen Bürgermeisters Wildenhahn auf Lebenszeit nahezu einstimmig abgelehnt hatte, war in der letzten Sitzung die Neuwahl eines Bürgermeisters vorzunehmen. Zur engeren Wahl waren in Vorschlag gebracht die Herren Bürgermeister Reil in Markranstädt, Bürgermeister Drache in Geyer und Bürgermeister Dr. Zahn in Komnauisch. Nach längerer Debatte, in welcher die Resultate der von einigen Stadtminderathmitgliedern über vorgenannte Herren eingezogenen Erkundigungen bekannt gegeben wurden, schritt man zur Wahl mittels Stimmzettel. Die Auszählung der letzteren ergab, daß Herr Bürgermeister Drache in Geyer zum Bürgermeister der Stadt Treuen gewählt worden ist. Auf Herrn Drache fielen 14, auf Herrn Reil 4 Stimmen. Der Gewählte ist ein geborener Bauern, und zwar ein Sohn des daselbst verstorbenen Kommissionsraths Feodor Drache.

Die seit einigen Tagen vermiste 15jährige Tochter der Hausmann'schen Eheleute in Burkelsdorf wurde am Montag Vormittag in der Mulde bei Rochsburg ertrunken aufgefunden. Binnen wenigen Tagen erfüllen sich 80 Jahre, seit die Völkerschlacht bei Leipzig, welche Deutschland vom französischen Joch befreite, geschlagen worden ist. Der „Verein für die Geschichte Leipzigs“ beabsichtigt, zur Erinnerung

an diese glorreiche Waffenthat eine Ausstellung zu veranstalten, bei der alle die zahlreichen Erinnerungszeichen an jene Tage, an welchen seine Sammlungen so reich sind, zur Vorlage kommen sollen.

Zwickau, 11. Oktober. In einer Sandgrube bei Zwickau wurden vorgestern ein 14jähriges Mädchen und ein 6jähriger Knabe, die Sand holen wollten, von einer hereingegangenen Wand verschüttet und getödtet.

Blauen, i. B., 11. Oktober. Die königlichen Ministerien des Innern und der Finanzen haben die Erbauung einer elektrischen Straßenbahn in hiesiger Stadt durch die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin endgiltig genehmigt. Die Gesellschaft hat den Bau der Bahn nunmehr binnen 12 Monaten auszuführen.

Berlin, 11. Oktober. Zu Ehren des zum Besuch jetzt in Berlin weilenden Prinzen Friedrich August von Sachsen fand heute Nachmittags im Kasino des Gardeschützenbataillons großes Diner statt, zu welchem auch das Gefolge des Prinzen Einladungen erhalten hatte.

Das Befinden des Fürsten Bismarck ist ein durchaus befriedigendes. Der Fürst hat vor Allem seinen guten Appetit und — seinen Humor, die beste Arznei, wieder.

Wie verlautet, sieht die Gräfin Herbert Bismarck geb. Gräfin Hoyos in sehr naher Zeit einem freudigen Familienereignisse entgegen. Mit Rücksicht hierauf weilte Graf Herbert Bismarck die letzten Tage nicht mehr in Rissingen, sondern hatte sich nach Schönhäusern begeben.

Berlin, 12. Oktober. Die „Kreuzzeitung“ meldet das Ableben des ehemaligen Kriegsministers v. Kameke.

München, 12. Oktober. Die Kammer der Abgeordneten lehnte den sozialistischen Antrag auf Reform des Wahlgesetzes ab, desgleichen den freisinnigen Reformantrag.

Die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen werden bekanntlich in aller Stille weitergeführt. Die Beschlüsse werden strengstens geheim gehalten; was darüber bekannt wird, bezieht sich im großen Ganzen auf Neußerlichkeiten. Wie ein Berliner Mitarbeiter des „Gann. Cour.“ seinem Blatte mittheilt, umfaßt die Liste der deutschen Forderungen 77 Positionen. Die Dauer der Verhandlungen wird weit über das festgesetzte Maß hinausgehen, es wird davon gesprochen, daß sich die Verhandlungen bis zum Ofterfeste hinziehen werden.

Die Erfahrungen der jüngsten Manöver galten, wie von militärischer Seite geschrieben wird, vornehmlich der Cavallerie. Mit besonderem Interesse wird darum dem bevorstehenden Zusammentritt einer Commission von hervorragenden Cavallerie-Offizieren entgegengesehen. Fragen, die seit geraumer Zeit als erledigungsbedürftig betrachtet wurden, sollen endlich zum Austrag kommen. Im Mittelpunkt dieser Dinge steht die Frage einer neuen Exerzierordnung für die Cavallerie. Bedeutsam ist die Thatsache, daß ein Gedankenaustausch über die fragliche Angelegenheit mit österreichischen Capacitäten stattfindet und daß die Folgerungen der gewonnenen Erfahrungen auch im verbündeten Staate an der Donau zu gleichen Neuordnungen führen sollen. Im Ernstfalle würde eine combinirte Cavalleriemasse aus Truppen beider Staaten ionach Schwierigkeiten nicht mehr begegnen können, denn die taktischen Evolutionen würden bei den gleichmäßig geschulten Reitern nach einem Commando ausgeführt werden können, gehe dies von einem österreichischen oder einem deutschen cavalleristischen Führer aus. Die politischen Vortheile dieser leichten Verschmelzung der Truppen der Allirten springen in die Augen.

Der Fall des Generals Kirchhoff findet in der „Kreuzztg.“ eine Besprechung, der wir folgende zutreffende Ausführungen entnehmen: Die Tagespresse soll ein Spiegel, ein Organ, ein Leiter der öffentlichen Meinung sein, und noch giebt es Zeitungen, welche diese hohe Aufgabe mit Ernst, Freimuth und Uneigennützigkeit zu erfüllen suchen. Inbesseren scheint es, als ob sie an Zahl, an Verbreitung, an Einfluß zurückgingen. (In Sachsen entstehen derartige Blätter gerade jetzt wieder.) Eine illoyale Konkurrenz hat sich auch hier aufgethan, und die ehrliche Arbeit wird verdrängt von dem modernen Industrialismus. Man will rasch zu Reichtum und Einfluß kommen, und dazu führt erfahrungsgemäß ein Zeitungsunternehmen um so sicherer, je strapelloser man auf die Unwissenheit, auf die Schwächen und Leidenschaften der Menschen spekulirt. So wenig es vom christlichen Standpunkt entschuldbar, man begreift doch, daß ein Mann von gerader Haltung, ein Offizier, in

seinem feinen Ehrgefühl auf das Raffinirteste verlegt, nachdem ihm ausreichende Genugthuung durch die Praxis der Rechtsprechung nicht geworden, in Ermangelung einer höheren Instanz, die solche Genugthuung hätte aussprechen können, von einem unwiderstehlichen Drange nach Selbsthilfe erfaßt und zu dem ungewöhnlichen Schritte gedrängt werden kann, sich zum ursprünglichen Anwalt seiner Ehre zu machen. Solche feinfühligen und dabei kraftvollen Naturen können nur Sympathien erwecken. Im Vertrauen auf ihr gutes Recht setzen sie sich über die Formen der Rechtsprechung hinweg, nachdem dieselben versagt haben. Es handelt sich um den Akt der Nothwehr, den General Kirchhoff begangen hat. Ein sozialdemokratisches Blatt verbreitet, zunächst mit der Tendenz, einen hervorragenden Angehörigen des Heeres zu diskreditiren, über dessen Haus ein schimpfliches Gerücht, und das „Berl. Tageblatt“ druckt es dem sozialdemokratischen Winkblatt nach, aus Geschäftsücksichten, weil Pikanterien und Skandalgeschichten am Meisten „ziehen“. Sozialdemokratie und Judenthum arbeiten sich wieder einmal in die Hände. Vor Gericht haben die beiden angeklagten Redakteure die Dreistigkeit, der formell verantwortliche Redakteur des „Berl. Tagebl.“ offenbar wiederum aus Geschäftsücksichten dazu genöthigt, den Beweis der Wahrheit anzutreten, der indessen vom Richter als irrelevant abgelehnt wird. Die beiden Angeklagten wurden zwar verurtheilt. Allein durch das Anerbieten des Wahrheitsbeweises mußte sich General Kirchhoff auf's Neue und um so mehr gekränkt fühlen, als er solchem advocatischen Schachzug gegenüber sich wehrlos sah. Wie sollte er diesem heimtückischen Angriff begegnen? Da der Richter ihm nur formell, nicht aber auch in der Sache Genugthuung verschaffte, schien nach der Auffassung des Generals kein anderer Ausweg zu bleiben, als den Redakteur des „Berl. Tagebl.“ zu der Erklärung zu zwingen, daß er gelogen habe, daß seine Versicherung, er könne den Beweis der Wahrheit erbringen, eine wissenschaftlich falsche Behauptung sei. Was General Kirchhoff gethan, stand zwar im Widerspruch mit dem Buchstaben des Gesetzes, nicht aber mit dem Geiste des Rechts, es war ein Akt der Nothwehr, begangen in Wahrnehmung berechtigter Interessen, unter dem Drucke eines peinlichen Ehrgeföhls, wie es im Offiziercorps lebendig ist und lebendig sein muß. Und so ist zu hoffen, daß die That des Generals Kirchhoff nicht ohne Folgen bleiben, daß sie, nachdem sie erschreckendes Licht auf die Wehrlosigkeit des von höchstem Ehrgeföhls durchdrungenen Mannes gegenüber den modernen Standalpressen geworfen hat, zu neuen Rechtsbestimmungen führen wird, welche geeignet sind, Haus und Familie wirksamer als bisher vor den Auswüchsen dieser Presse zu schützen.

Berlin, 11. Oktober. Jener Herr Parich, der als verantwortlicher „Redakteur“ des „Berl. Tagebl.“ zu so trauriger Berühmtheit gelangt ist, soll nach Angabe eines hiesigen Blattes in Wahrheit Korrektor sein, nach der „K. Volkszeitung“ aber — Barbier! Eine „große“ deutsche Zeitung giebt sich also, wenn das richtig ist, dazu her, ihren geistigen Inhalt durch einen Barbier vertreten zu lassen, jedenfalls aber nicht durch einen wirklich verantwortlichen Redakteur.

D e s t e r r e i c h.

Wien, 11. Oktober. Die Motive zur Verordnung, betreffend die Ausnahmeverfügung in Prag und Umgegend, sind heute vertheilt worden. In denselben wird der maßlose Mißbrauch der Pressfreiheit und des Vereins- und Versammlungsrechtes hervorgehoben, wodurch von Agitatoren eine Verhöhnung der Bevölkerung gegen die konstitutionellen Institutionen, die sozialen Stände und Nationalitäten, sowie gegen jede gesetzliche Autorität inscenirt würden. Die Folgen der Agitationen hätten sich gezeigt in den wiederkehrenden rohen Ausschreitungen gegen die katholische Kirche, in der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, in der Gefährdung der Sicherheit von Personen und Eigenthum, in der Mißachtung von Behörden, in Widersehligkeiten gegen höhere Organe, sogar in sehr bedauerlichen Ausschreitungen und in einer hochverrätherischen Tendenz — zu deren Bekämpfung die gewöhnlichen Mittel der Regierungsgewalt nicht ausgereicht hätten. Die Regierung behält sich vor, konkrete Thatsachen während der parlamentarischen Berathungen mitzutheilen.

Wien, 11. Oktober. Die Diskussion über das neue Taaffesche Wahlgesetz steht fortgesetzt im Vordergrund des Interesses. Die deutsch-liberale Presse sieht in dem Entwurf das größte Monstrum, welches je das Licht der par-